



## Beschluss / Positionierung des StuRa zu/r

# Unser Studium - Unsere Bildung - Unsere Wissenschaft

**Am 01.06.2021 hat sich der StuRa der Universität Heidelberg zu  
Öffnungsperspektiven für die Universitäten positioniert:**

### Studierendenrat

der Universität Heidelberg

Tel.: +49(0)6221/54 2456

Fax.: +49(0)6221/54 2457

E-Mail:

sitzungsleitung@stura.uni-  
heidelberg.de

Beschlussdatum: 01.06.2021

Zwei Generationen von Semesteranfänger\*innen haben seit Studienbeginn ihre Hochschule, außer zu Prüfungszwecken, gar nicht oder kaum von Innen gesehen. Tausenden Studierenden fehlt echter Kontakt zu Kommiliton\*innen, Anschluss an ihre

Jahrgänge oder Zugang zu studentischen Gruppen und Initiativen. Über zwölf Monate Lockdown haben ihre Spuren hinterlassen. In den Bereichen Kultur, Schulbildung, Gastronomie und Einzelhandel (in vielen Fällen sicher zu Recht) wird gab und gibt es zumindest Teilöffnungen und Geringverdienende, Künstler\*innen, Selbstständige und kleinen Betriebe erhalten, wenn auch deutlich zu wenig, zumindest etwas Unterstützung. Auf die Situation von Studierenden wird allerdings kaum eingegangen. Forderungen von Studierendenvertretungen zu finanziellen Absicherungen werden fast völlig ignoriert. Soforthilfen gab es nur unter großen Auflagen und nur in geringer Höhe. Viele Anträge wurden aus kleinen Formgründen abgelehnt. Während die finanziellen und sozialen Belange von Studierenden für die Politik kaum eine Rolle gespielt haben, war es nach kurzer Zeit Möglichkeit ohne größere Bedingungen Konzernen Milliarden zur Verfügung zu stellen. Die Notwendigkeit einer gesundheitlich verantwortungsbewussten (Teil)öffnungsperspektive für die Hochschulen (keine Forderung von Asta-Partys und Massenvorlesungen) ergibt sich sowohl als individueller als auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive aus gleich fünf Gründen:

- Zunehmender Vereinzelung entgegenwirken - Für Menschlichkeit und sozialen Austausch!

Der Anteil von Studierenden mit psychischen Belastungen hat deutlich zugenommen. Nach



einer Umfrage des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung hat sich ihr Anteil im Vergleich zu 2016 verdreifacht<sup>1</sup>. Der Anteil der Studierenden, die bei ihren Eltern wohnen und nicht in eine neue Stadt oder Wohnung gezogen sind, hat sich von 20% auf 25% erhöht<sup>1</sup>. Eine Teilöffnungsperspektive wäre vor allem für Erstsemester entscheidend wichtig. Aber auch für alle anderen ist physischer Kontakt mit Kommiliton\*innen zentral und würde vielen Studierenden in dieser für viele auch finanziell schwierigen Situation helfen. Dies ist auch vor einem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund zu sehen, in denen die Probleme der Krise individualisiert werden und Schuld wie Verantwortung auf Einzelne abgeschoben wird anstatt eine strukturelle Pandemiebekämpfung anzugehen.

- Gegen die Netflixierung von Studium und Lehre - Für gemeinsames solidarisches Lernen!

Lernen vor Bildschirmen, Videokonferenzen, usw. können eine Lehre, einen Austausch in Präsenz nicht ersetzen. Lern- und Aneignungsprozesse leben (nicht nur, aber besonders in Geisteswissenschaften und Sprachkursen) vom Miteinander und vom gegenseitigen Gespräch. Die Verlagerung des Lernens vor digitale Endgeräte ist aber auch gesundheitlich problematisch. Eine Online-Lehre schwächt weiter die Situation von Studierenden im Lehr- und Lernprozess. Kritisches Nachfragen, Widerrede gegenüber Lehrenden bei kontroversen Themen ist deutlich schwieriger. Viele dieser Missstände zeigen sich auch in der Umfrage des AK Lehre und Lernen zu Situation der Lehre im letzten Sommersemester<sup>3</sup>. Fast 58% gaben an, dass sie sich schlechter als in vorherigen Semestern konzentrieren können, 49% erklärten, dass sie einen gestiegenen Leistungsdruck wahrnehmen. Hinzu kommen technische Probleme wie nicht funktionierendes Internet. Die in den letzten Jahren durch die Verstetigung des Bologna-Prozesses sowieso schon zugenommene Konkurrenzsituation hat sich wie die Verschulung des Lernens nur noch weiter verstärkt. Ein erster Schritt für eine solidarische Lernkultur ist also die Öffnung für zumindest Teile der Hochschule und des Lehrbetriebes.

- Studierendenzzeit ist nicht nur Lernen - Zugang zu einem kulturell bereichernden Studium!

Neben der klassischen Lehre ist aber der sonstige soziale und kulturelle Austausch, seien es studentische Kultur-, Film- Theater- und Wissenschaftsgruppen extrem erschwert. Durch drei aufeinander folgende Semester im digital-Betrieb studiert man also gleich doppelt nicht: Einmal Aufgrund der fehlenden Lehre und einmal aufgrund



des Wegfallens nahezu aller Facetten eines Studierendenlebens. Auch hier ist also eine (Teil)öffnungsperspektive, dringend erforderlich.

- Hochschule als politischen Raum verteidigen! - Für Studis aktiv gerade während der Pandemie!

Eine Einschränkung des Betriebes an den Hochschulen schwächt auch politische Kämpfe von Studierenden. Während der Pandemie hat die Landesregierung eine die demokratischen Rechte von Studierende schwächende Novelle des Landeshochschulgesetzes durchgebracht. In Niedersachsen drohen den Hochschulen Einsparungen<sup>5</sup>. Sowohl Protest gegen die aktuelle Situation von Studierenden als auch gegen strukturelle Ursachen wie chronische Unterfinanzierung, unzureichendes BAföG, oder mangelnde demokratische Mitbestimmung ist kaum möglich. Ähnlich sieht es mit Selbstorganisation von studentischen Hilfskräften aus. "Wer nicht da ist, kann nicht stören<sup>6</sup>" - titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Zusammenhang mit der Auflösung der Präsenzuniversität. Um dagegen anzugehen braucht es einen lebendigen Campus!

- Gegen Ungerechtigkeiten und Austerität! - Kritische Wissenschaften stärken!

In dieser Krisensituation sind weiter auch kritische Ansätze in den Wissenschaften gefragt, die zu einer humanen und sozialen Krisenlösung und Gesellschaft beitragen. Wie lässt sich gegen die Erzählungen eines Sparzwanges in der Ökonomie aus wissenschaftlicher Sicht für einen ausfinanzierten Sozialstaat streiten, der Studierende, Geringverdienende und Kleinbetriebe dauerhaft finanziell absichert? Welche Ideen können aus der Wissenschaft kommen, um auf ein Gesundheitssystem hinzuwirken, dass nicht die Einsparungen der letzten Jahre fortsetzt, sondern Möglichkeiten einer nachhaltigen Investitionsoffensive aufzeigt? Wie können Forscher\*innen aus dem Bereich Ökologie darauf aufmerksam machen, dass die immer neuen Pandemien nicht (nur) vom Himmel fallen, sondern es einen durchaus zu untersuchenden Zusammenhang gibt zwischen dem zunehmenden Vordringen des Menschen in unberührte Naturräume und der Freisetzung immer neuer Krankheitserreger? Für eine Intensivierung solcher Ansätze ist eine Stärkung des persönlichen Austausches vor Ort unbedingt notwendig.

Deswegen fordert der StuRa:

- Eine Einbeziehung der Hochschulen in die Öffnungspläne von Bund und Ländern. Bei den Minister\*innenrunden, bei Planungen in Kanzleramt und Staatsministerien muss das



Thema Studierende und Hochschulen in der Pandemie, also auch mögliche Schritte zur Wiederaufnahme des Präsenzbetriebes eine deutlich größere Rolle spielen.

- Eine Einbeziehung von Studierenden in die Entscheidungsprozesse an den Hochschulen.

- Eine Perspektive für eine gesundheitlich verantwortungsbewusste (Teil)öffnungsperspektive für die Hochschulen. (Kleinere) Seminare und Vorlesungen, Gruppenpraktika und andere Veranstaltungen müssen, wenn von Dozierenden und Studierenden gewünscht, in Präsenz stattfinden können. Mögliche Konzepte dafür sind rotierende Gruppen, Hybridformate, usw. Auch der Zugang zu Räumen muss für studentische Gruppen und kleinere Veranstaltungen wieder möglich sein. Kriterien für das Ausmaß der Öffnungen können die aktuellen Infektionszahlen und die vorhandenen Infektionsschutzkonzepte sein.

- Dafür: Ein sinnvolles Infektionsschutzkonzept: Bereitstellung von ausreichend Testkapazitäten, regelmäßiger Desinfektion, ausreichender Lüftung. Begleitet von einer deutlichen Intensivierung der Impfkampagne, die auch für die letzte Prioritätengruppe (zu denen ein Großteil der Studierenden gehört) eine schnellstmögliche Impfung möglich machen.

- Kein Zwang: In dieser Ausnahmesituation dürfen weder Studierende, noch Dozierende zu einer Lehre in Präsenz gezwungen werden.

- Es braucht Unterstützung durch die Hochschule für Dozierende, die mit den aktuellen Möglichkeiten eine Teilrückkehr zur Präsenz oder auch hybriden Veranstaltungen umzusetzen wollen. Weiter muss das Land die Hochschulen selbst bei der Bereitstellung dieser Formate unterstützen. Diese kann in Form von Testkapazitäten, Erleichterung bürokratischer Hürden oder Bereitstellung von Raumkapazitäten erfolgen.

- Eine kritische Reflexion der Vor- und Nachteile von digitalen Lehrangeboten. Letztere tragen mit aufgezeichneten Vorlesungen oder hochgeladenen Online-Lösungen sicherlich zu einer Erleichterung des Studienalltags bei. In Zukunft brauchen wir eine sinnvolle Kombination von digitalen und analogen Angeboten. Entscheidend dabei muss sein, dass der soziale Zugang zu digitalisierter Bildung für alle möglich bleibt. Weiter darf der Ausbau von digitalen Lehrinhalten nicht zu einer Verschlechterung des Präsenzangebotes führen.

In diesem Sinne wirken Studierendenrat und Referatekonferenz auf die Durchsetzung



dieser Ziele hin, zum Beispiel über:

- Öffentlichkeitsarbeit, etwa auf social-Media, in Flyeraktionen oder durch Statements in Interviews und in Diskussionsrunden. Sowie Informations- und Diskussionsarbeit, etwa über organisierte Veranstaltungs(reihen) und Kundgebungen zu dieser Thematik.
- Weitere Unterstützung von Initiativen von Studierenden, Dozierenden und sonstigen Mitarbeitenden an der Hochschule, die sich für eine gesundheitlich verantwortungsbewusste (Teil)öffnungsperspektive für die Hochschulen einsetzen.
- Je nach aktueller Lage und Kapazitäten gemeinsame Arbeit zur Durchsetzung oberer Ziele.
- Insbesondere: Aufforderungen an die Landesregierung, speziell die Wissenschaftsministerin, die oben genannten Ziele möglich zu machen.

Zusammengefasst: Es braucht einen menschlichen und solidarischen Weg, diese Krise zu meistern. Niemand, also auch nicht Studierende dürfen mit ihren Problemen alleine gelassen werden. So lange das Virus noch eine Gefahr darstellt, ist eine komplette Öffnung des gesellschaftlichen Lebens sicher nicht möglich. Allerdings darf Zugang zu Bildung, Kultur und auch Freizeit in Präsenz nicht dauerhaft eingeschränkt werden. Soziale und psychische Kontakte sind wichtig auch in der Pandemie! Ein dauerhaftes Herunterfahren des Öffentlichen Lebens kann keine dauerhafte Strategie sein, erst recht nicht, wenn gleichzeitig weiter in Großraumbüros und Rüstungsbetrieben gearbeitet wird. Die Lösung sind eine gesundheitlich verantwortungsbewusste (Teil)öffnung (auch der Hochschulen) die sich an die aktuelle Infektionslage und Umstände anpassen. Gleichzeitig muss die gesundheitliche Infrastruktur deutlich verbessert werden.